

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 10/2011 vom 24. November 2011, 17.00 Uhr, Stadtratssaal, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsidentin Verena Balmer Damen und Herren Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht Wyss, Martin Allemann, Jonas Baumann-Fuchs, Claudine Beutler, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Jürg Dällenbach, Andrea de Meuron, Peter Dütschler, Susanna Ernst, Peter Fahrni, Martin Frei, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Christian Josi, Alain Kleiner, Lukas Lanzrein, Gina Lehnherr, Manfred Locher, Thomas Marghitola, Gabriela Meyer-Fiechter, Carlos Reinhard, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Franz Schori, Heinz Schürch, Simon Schweizer, Ursula Stöckli, Reto Vannini, Simon Werren, Matthias Wiedmer
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Ursula Haller und Marianne Dumermuth Lehmann, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollführerin Fabienne Feller
Entschuldigt	Stadtrat David Külling
Schluss der Sitzung	18.55 Uhr

Die Stadtratspräsidentin eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden. Sie dankt Carlos Reinhard für die Einladung zu Besichtigung des Fussballstadions im Oktober. Der Anlass ermöglichte einen guten Einblick.

73. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 22. September 2011

Das Protokoll wird **vom Rat** einstimmig genehmigt.

74. Kommissionen

Ersatzwahl von Daniel Iseli als Arbeitgebervertreter in die Pensionskassenkommission anstelle des zurückgetretenen Nicolai Peider

Bericht des Gemeinderates Nr. 21/2011

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37. lit. c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 13. Oktober 2011, beschliesst:

1. Von der Demission von Peider Nicolai wird Kenntnis genommen.
2. Als Ersatz für Peider Nicolai wird **per sofort** und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2014 endenden Amtsdauer als Mitglied (Arbeitgebervertreter) in die Pensionskassenkommission gewählt: **Daniel Iseli**, geb. 29. Dezember 1974, von Thunstetten, Anwalt/Notar, Bahnhofstrasse 6, 3601 Thun.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

75. Kommissionen

Ersatzwahl von Hans-Jürg Stettler in die Kadettenkommission anstelle der zurückgetretenen Bettina Kriegel-Schluchter

Bericht des Gemeinderates Nr. 22/2011

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37. lit. c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 27. Oktober 2011, beschliesst:

1. Von der Demission von Bettina Kriegel-Schluchter per 31. Dezember 2011 wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz für Bettina Kriegel-Schluchter wird **per 1. Januar 2012** als Mitglied in die Kadettenkommission gewählt: **Hans-Jürg Stettler**, geb. 17. Juni 1969, von Eggwil BE, Leiter Infrastruktur STI AG, wohnhaft Chaletweg 5, 3604 Thun, und zwar ab 1. Januar 2012 und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2014 endenden Amtsdauer.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

76. Rechtsetzung

Abfallreglement; Totalrevision

Bericht des Gemeinderates Nr. 23/2011

Gemeinderat Roman Gimmel weist auf die grosse Resonanz auf das Thema Abfall in den Medien, auch in den „social media“, und in der Bevölkerung hin. Eine Medienkonferenz wurde deshalb einberufen. Die Anti-Littering-Aktion begann mit einer Ankündigung vor den Sommerferien, danach wurde die Säule aufgestellt, die ein grosses mediales Echo auslöste. Anschliessend wurden in Thun kleine Geschenke verteilt, zum Dank an die Leute, die ihren Abfall richtig entsorgten. Das neue Reglement ist schlank, modern und zielführend. Die Verordnung dazu ist ebenso knapp. Einerseits war es nach 19 Jahren an der Zeit, das Reglement zu überarbeiten, andererseits wurde in der Motion 16 des letzten Jahres eine solche Massnahme gefordert. Grundlage des neuen Reglements ist nicht das bestehende Reglement, sondern die Vorlage des Bundesamts für Umwelt.

Alfred Blaser, **SAKO B+L**, beantragt einstimmig die Annahme des Reglements. Das Tiefbauamt hat der SAKO das Reglement und die Verordnung vorgestellt und Fragen beantwortet. Die wesentlichen Neuerungen entsprechen dem politischen Willen, hingewiesen wird auf die Motion 16/2010. Eine Umfrage des Tiefbauamts zeigt, wie sensibel das Thema Abfall ist: 70 % der Bevölkerung finden die Abfallgebühren zu hoch, 75 % geben jedoch an, nicht zu wissen wie hoch diese Gebühren sind. Nach den vorliegenden Anpassungen ist die Stadt Thun im Einklang mit den umliegenden Gemeinden. Die Einführung der Containerpflicht für die Grünabfuhr bringt Erleichterungen für die Mitarbeiter des Tiefbauamts und es liegt ein attraktives Angebot zum Ankauf der Normcontainer vor. Eine rechtliche Unsicherheit bleibt betreffend Abfallsammlung und -entsorgung für Industrie und Gewerbe für die Gemeinde, falls nach einer Liberalisierung alle Betriebe diese Pflicht Privaten übertragen können.

Albrecht Suzanne, **Fraktion Grüne**, begrüsst das Reglement, da es zu einer Verminderung des Hauskehrichts führt. Die Gebührenbefreiung des Grünguts bringt als Lenkungsmassnahme hoffentlich Auswirkungen wie in Steffisburg. Die Fraktion stimmt dem Reglement aus vier Gründen zu. Erstens trifft die Befreiung die, die viel Grüngut entsorgen, also auch jene mit grossen Gärten. Die Fraktion hofft, dass die Belastung durch die Grundgebühr dadurch etwas ausgeglichen wird. Zweitens sind die Normcontainer eine Investition in die Gesundheit der Mitarbeiter. Drittens bringt die Einführung von Mehrweggeschirr eine Verminderung des Hauskehrichts. Viertens begrüsst die Fraktion den „Take-away-Artikel“. Dieser führte zur Diskussion, wie mit Betrieben, die Pizzaschachteln ausgeben, umgegangen werden kann. Gemäss Tiefbauamt kann durch den Artikel erreicht werden, dass ein solcher Betrieb in Zukunft wenigstens die liegen gelassenen Schachteln zusammen räumen muss.

Jürg Dällenbach, **Fraktion der Mitte**, informiert, dass die Fraktion einstimmig zustimmt. Sie stellte sich aber eine Frage betreffend der Einführung von Mehrweggeschirr: Der Bund ist ein grosser Grundbesitzer in der Region, wie sieht es aus bei Anlässen wie beispielsweise dem Gigathlon auf der Thuner Allmend? Gibt es Möglichkeiten, das Reglement durchzusetzen, obwohl der Anlass nicht auf Thuner Grund stattfindet? Die Umstellung auf die kostenlose Abfuhr von Grüngut bringt mehrere positive Effekte: Es wird mehr Grüngut und weniger Siedlungsabfall abgeführt und die illegalen Grünabfalldéponien im Wald sollten jetzt der Vergangenheit angehören. Alles in allem bedeutet das Reglement einen Schritt in die richtige Richtung.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, begrüsst die Revision. Allerdings bleibt eine Differenz zwischen der Grundgebühr allgemein und dem Verursacherprinzip, da die Abfuhrmenge in dem Bereich keine Rolle mehr spielt. Bezüglich der Neuerungen im Bereich der Take-Away-Betriebe und des Mehrweggeschirrs ist die Umsetzung noch nicht klar, die Regelung scheint sehr schwammig formuliert. Der Glaube an eine wirksame Umsetzung fehlt, da Take-Away-Betriebe heute in vielfältiger Art und grosser Anzahl bestehen. Bei der Regelung über Mehrweggeschirr stellt sich immer noch die Frage, welche Anlässe davon erfasst werden. Nach gesundem Menschenverstand sollte es nur Grossanlässe betreffen. Des Weiteren bleibt noch das Problem der Entsorgung von privaten Abfällen in öffentlichen Abfallbehältern.

Lukas Lanzrein, **SVP-Fraktion**, begrüsst die Revision des Reglements. Die Grundsätze werden im Reglement und die Details in der Verordnung geregelt, was zwangsläufig dazu führt, dass gewisse Artikel offen gehalten werden. Die finanzielle Entlastung der Haushalte und der Gewerbe aufgrund der kostenlosen Grünabfuhr ist begrüssenswert. Durch Artikel 7 des Reglements wird dem Verursacherprinzip Rechnung getragen. Es ist von Anfang an klar, dass die Pflicht, Mehrweggeschirr zu benutzen, nur bei Grossanlässen auferlegt wird. Mit dem Ausdruck der Zumutbarkeit spricht der Gemeinderat dieses Erfordernis der Verhältnismässigkeit an. Das Reglement muss von den Behörden mit der nötigen Kulanz und einem gewissen Augenmass angewendet werden.

Carlos Reinhard, **FDP-Fraktion**, unterstützt das Reglement. Es lässt einen gewissen Spielraum. Die Frage ist, wie es umgesetzt wird. Zu betonen ist, dass auch die Konsumenten Verursacher des Abfalls sind, nicht nur die Betriebe. Bei der Anwendung des Reglements muss man gesunden Menschenverstand walten lassen. Betreffend Gebühren ist der Gemeinderat auf gutem Weg und die Fraktion hat Vertrauen, dass das Ziel von weniger Abfall auf den Strassen und im Wald erreicht werden kann.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist der Meinung, dass der Gemeinderat bei der Überarbeitung des Reglements sehr gute Arbeit geleistet hat. Die von ihm eingereichte Motion ist mehr als erfüllt. Es werden sehr erfreuliche Neuerungen eingeführt, wovon er die wesentlichen aufzählt. Die Gebühren werden sinken und dadurch wird die Spezialfinanzierung abgebaut, was den kantonalen Vorschriften entspricht. Franz Schori dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung, auch für die Facebook-Gruppe „fertig gruusig“.

Gemeinderat Roman Gimmel beantwortet die Frage von Jürg Dällenbach bezüglich des Einflusses auf Anlässe des Bundes. Der Einfluss ist bescheiden, man kann das Gespräch suchen. Eventuell kann der Gebrauch von Mehrweggeschirr über die finanzielle Beteiligung gesteuert werden. Artikel 7 und 8 wurden auch intern lange diskutiert, der Konsens wird auf jeden Fall gesucht. Zum Thema illegale Hausentsorgung wird es im Jahr 2012 eine neue Kampagne geben. Der gesunde Menschenverstand wird nicht aus den Augen verloren, auch nicht in Bezug auf die Bewilligungspflicht von Veranstaltungen. Betreffend Mehrweggeschirr zeigt sich jetzt schon eine gute Entwicklung, einige Veranstalter sind schon hinter den Kulissen dabei, Logos für Mehrweggeschirr zu entwerfen.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 lit. a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 27. Oktober 2011, beschliesst:

1. Die Totalrevision des Abfallreglements wird genehmigt und auf den 1. Januar 2012 in Kraft gesetzt.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

77. Rechtsetzung

Datenschutzreglement vom 28. Juni 2001 (SSG 152.051); Teilrevision

Bericht des Gemeinderates Nr. 24/2011

Reto Vannini, **SAKO Si+So**, empfiehlt die Genehmigung des Reglements. Heute wird auf kommunaler Ebene vollzogen, was vor 6 Jahren auf eidgenössischer Ebene bestimmt wurde. Um die Abläufe in der Verwaltung zu verschlanken, muss die Revision gemacht werden.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 lit. a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 3. November 2011, beschliesst:

1. Die Teilrevision des Datenschutzreglements (Art. 9 Abs. 4 lit. q) wird genehmigt und auf den 1. Januar 2012 in Kraft gesetzt.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

78. Motion M 3/2011 betreffend die Kostenweitergabe an Organisator/innen von Veranstaltungen

SP-Fraktion vom 12. Mai 2011; Beantwortung

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, weist darauf hin, dass der Gemeinderat die Motion „FC Thun-spezifisch“ interpretiert und dieser Interpretation die Medien folgen. Es entsteht der Eindruck, als wäre der FC Thun der einzige Verursacher von Sicherheitskosten bei Sportveranstaltungen. Die Organisator/innen von Veranstaltungen wie dem Thunfest oder der Fasnacht, Stadtlauf oder Radkriterium stehen für die jeweiligen Sicherheitsaufwände ein. Das wird schon im Bewilligungsverfahren vereinbart. Der FC Thun dagegen braucht natürlich keine Bewilligung. Die Anstrengungen des FC Thun am und im Stadion sind unbestritten, aber das sind Massnahmen eines Hausherrn. Die Massnahmen, die der Stadtrat am 26. Oktober 2011 in der Arena gesehen hat, sind nicht relevant in Bezug auf die Sicherheitskosten. Keine dieser Massnahmen reduziert die Kosten, die der Öffentlichkeit entstehen, im Gegenteil: Mehr Repression rund um das Spielfeld erhöht sogar das Risiko einer Gewalteskalation im öffentlichen Raum. Der Gemeinderat soll in die Lage versetzt werden, weiter verrechnen zu können, wenn ausserordentliche Kosten entstehen. Eine Motion ist eine heikle Angelegenheit, die Formulierung darf weder zu eng noch zu weit gefasst sein. Der Gemeinderat geht davon aus, dass sich die Motion einzig auf den FC Thun bezieht, dem ist aber nicht so. Ein Reglement könnte sogar eine Chance sein, den FC Thun zu entlasten. In seinem Urteil zum Spielabbruch im Spiel GC-SCZ kommt der Fussballverband zum Schluss, dass den Gast durchaus mehr Verschulden treffen kann als den Heimklub. Dies in Situationen, in dem die Kosten nicht durch den FC Thun direkt verursacht werden, sondern durch den Gastklub, der beispielsweise Reisen mit Fans nach Thun organisiert. Rechnungsempfänger ist dann der Gast. Zukünftig kommen die Kosten, die momentan noch der Kanton trägt, auf die Standortgemeinden zu. Deshalb soll der Gemeinderat ausserordentliche Kosten weiter verrechnen können. Die Umwandlung in ein Postulat bringt das Anliegen nicht weiter. Hier ist der Beweis, dass sich die Fraktion auch mit Taten für die Sicherheit einsetzt, und nicht nur mit Worten.

Carlos Reinhard (FDP) weist darauf hin, dass es wohl effektiv um den FC Thun geht. Er wird sich aus Befangenheitsgründen der Diskussion und der Stimme enthalten.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, bedauert, dass man sich in der Diskussion auf den FC Thun beschränkt. Eigentlich geht das Thema deutlich weiter. Es gibt Probleme mit der öffentlichen Sicherheit und diese müssen rasch und nachhaltig angegangen werden. Die Probleme treten mehrheitlich bei Grossanlässen auf, aber nicht ausschliesslich. Die vollständige Kostenüberwälzung an den Organisator beseitigt die Probleme nicht. Zu berücksichtigen ist, dass Vereine wie der FC Thun sehr wichtige und positive Nebeneffekte haben können. Regelmässiges Training und sportliche Betätigung sind effektive Formen der Jugendarbeit. Durch Fan-Arbeit werden gute Ergebnisse erzielt. Vereine und Organisatoren generieren ausserdem Arbeitsplätze. Die Fraktion hat Mühe damit, dass die Steuerzahler den grössten Teil der Kosten übernehmen. Eine vollständige Überwälzung der Kosten würde die Veranstalter, auch den FC Thun, ruinieren. Weder auf Bundesebene noch auf Kantonsebene sei man bereit, die nötigen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen und deshalb müsse die Stadt jetzt handeln. Die Fraktion ist überzeugt, dass das ein falscher Ansatz ist. Ein gesamtheitlicher Ansatz muss angestrebt werden, ein Alleingang ist nicht

machbar. Die Vertreter Thuns haben Stimmen in eidgenössischen und kantonalen Parlamenten, sie sollen sich dafür einsetzen. Ein weiterer Ansatz ist, die Kosten zu senken statt zu überwälzen. Die Taten müssen mehr Konsequenzen haben, dann passiert auch weniger. Problematisch ist, dass die Sicherheitsleute wenig Möglichkeiten haben, zu intervenieren. Die Motion ist zurzeit ungünstig, die Fraktion folgt dem Antrag, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Jonas Baumann, **Fraktion der Mitte**, weist darauf hin, dass die Motion sehr offen formuliert ist. Auch die Überweisung als Postulat ist zweckdienlich. Es ist nicht immer hilfreich, auf die anderen zu warten. Manchmal muss man mutig sein. Wichtig ist, dass das Reglement erfolgsbasiert ist. Deeskalierende Massnahmen oder klare Haltungen müssen belohnt werden, solche Veranstalter müssen weniger bezahlen. Die Werbewirkung und die öffentliche Wirkung eines Klubs darf nicht unterschätzt werden und muss auch mit einberechnet werden. Es geht nicht um eine vollständige Überwälzung, sondern einfach um einen höheren Beitrag.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, wird die Motion ablehnen, aber das Postulat unterstützen. Die Motion ist kein Beitrag zur Lösung des Problems. Gewaltbereitschaft und Vandalismus müssen mit geeigneten Mitteln begegnet werden. Man kann nicht einfach dem sogenannten Verursacher Kosten auferlegen. Das ist ein Ausdruck der allgemeinen Ohnmacht. Auf Gemeindeebene kann das Problem nicht gelöst werden. Man hat momentan keine Haftungsgrundlage, primär ist der Bund oder der Kanton gefragt, aber nicht die Gemeinde. Die Fraktion hat viel Verständnis für die Motion, kann sie aber nicht unterstützen. Das Postulat hingegen kann ein hilfreicher Beitrag zur Lösung des Problems sein.

Christian Josi, **SVP-Fraktion**, setzt sich für das Verursacherprinzip ein. Auf den ersten Blick hat die Fraktion Sympathien für die Motion. Mit Erstaunen hat sie festgestellt, dass sich die SP-Fraktion nicht nur für Sicherheit, sondern auch für den Abbau des service public einsetzt. Die Motion beinhaltet zudem etwas versteckte Kapitalismuskritik, es sollen nämlich nur kommerzielle Veranstalter zur Verantwortung gezogen werden. Das ist der falsche Ansatz. Die Fraktion kann nicht zustimmen, da keine gesamtheitliche Lösung vorgeschlagen wird. Sämtliche Verursacher, die übermässige Kosten verursachen, sollen belastet werden. Eine gesetzliche Grundlage soll für sämtliche Veranstaltungen geschaffen werden, beispielsweise auch für Botellóns. Das kommerzielle Argument ist sinnvoll bei der Kostenverteilung, da wird auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit abgestellt. Es handelt sich um einen ungünstigen Zeitpunkt, auch da die Stadt momentan in Verhandlungen mit dem FC Thun ist. Ausserdem ist eine Motion im Grossen Rat hängig, die eben dieses Thema auf kantonaler Ebene angeht. Die Fraktion lehnt die Motion ab.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, informiert, dass die Fraktion den Vorstoss in Form eines Postulats grundsätzlich unterstützt. Die ganze Problematik ist ausgesprochen ambivalent, da viele Interessengruppen betroffen sind. Die Vereine wollen die Fans nicht mit übermässigen Sicherheitsvorkehrungen verschrecken; Sicherheitsfirmen und Lieferanten von Sicherheitsausrüstungen generieren Aufträge, die Medien erhalten Schlagzeilen und so weiter. In einem Gesetzesentwurf von 2005 wird die Zuständigkeit für die Sicherheit den Kantonen zugeteilt; doch der Bund und die Kantone zögern mit einer gesetzlichen Regelung. Inzwischen gehen die Sicherheitskosten zu Lasten der Stadt Thun und somit auf die Steuerzahler, welche allmählich von den Ausschreitungen genug haben. Die BDP-Fraktion möchte der Ausarbeitung eines „Thuner Modells“ eine Chance geben. Wenn es nicht klappt gilt es, rasch möglichst weitere Massnahmen zu ergreifen.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, antwortet auf das Votum von Christian Josi (SVP): Es geht nicht um einen Abbau des service public, es geht rein um die Frage, wer die Kosten zu tragen hat.

Stadtpräsident Raphael Lanz weist darauf hin, dass nur der FC Thun genannt wurde, da dies der einzige Sportveranstalter war, der dem Gemeinderat diesbezüglich in den Sinn kam. Das Problem haben alle erkannt, man ist etwas machtlos. Der Gemeinderat ist in Verhandlungen mit den Verantwortlichen der Arena Thun AG, der Genossenschaft und des FC Thun. Ende November läuft die Frist ab und der Gemeinderat hofft auf eine gute Lösung. Am besten wäre es natürlich, wenn man wie Alfred Blaser ausgeführt hat, an die sogenannten Verursacher Rechnungen verschicken könnte. Rechtlich kann man das aber, wie Stadtrat Hiltbold schon gesagt hat, nicht durchsetzen. Es wird versucht, eine möglichst pragmatische Lösung mit dem FC Thun zu finden, man kann aber keine Wunder bewirken. Auch ist die Stadt nicht zuständig, über die Befugnisse der Ordnungskräfte zu bestimmen.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, erinnert daran, dass die Mitglieder des Stadtrats bei der Führung gesehen haben, wie klein, aber gefährlich Pyros sind. Der Stadtrat als Vertreter der Thuner Bevölkerung will abwarten und das Thema nicht angehen. Heute bietet die Fraktion die Chance, etwas zu bewirken und die Motion zu überweisen. Den idealen Zeitpunkt gibt es nicht.

Der Rat lehnt die Motion mit 15 : 22 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

79. Motion M 5/2011 betreffend Änderung der SF Parkinggebühren und Parkplatzbe- setzung

Fraktion Grüne und SP vom 30. Juni 2011; Beantwortung

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, möchte an der Motion, so wie sie eingereicht wurde, festhalten. In der Botschaft wurde auf Seite 2 geschrieben, dass sich sämtliche stadträtliche Fraktionen zum Parkhaus Schlossberg bekannt hätten. Das stimmt so nicht. Im Protokoll vom 25. August 2010 wurde über die Motion zur raschen Realisierung des Parkings abgestimmt und die Fraktion Grüne hat diese abgelehnt. Es geht der Fraktion darum, mehr Klarheit in diesem Geschäft zu schaffen. Bei der Ablehnung damals ging es um die Kostenfrage. Es wurde befürchtet, die Kosten könnten aus dem Ruder laufen. Der Gemeinderat hat am 24. Juni 2010 informiert, dass die finanziellen Aussichten der Stadt keinen Beitrag erlauben. Weniger als ein Jahr später hat man dann den Steuerertrag von 6 Millionen Franken in die Spezialfinanzierung eingelegt, um ihn für das Parkhaus zu verwenden. Es scheint jetzt konsequent, zu den anderen Spezialfinanzierungen nein zu sagen, um ein Zeichen zu setzen und Vertrauen zu schaffen. Der Gemeinderat soll zeigen, dass er nicht mehr als 6 Millionen Franken investieren will. Die Ablehnung der Motion dagegen bringt zum Ausdruck, dass sich der Gemeinderat diese Option offen halten will. Die Fraktion will einen Beitrag zu klaren Verhältnissen leisten.

Konrad Hädener, **Fraktion der Mitte**, informiert, dass die Fraktion die Motion ablehnt. Sie fragt sich, wie der Rat in Zukunft Investitionsentscheide fällen will. Will man das wie bisher aufgrund aktueller Projekte, Abstimmungen usw. tun oder dagegen auf Vorrat Monate oder Jahre im Voraus über den Weg des Reglements. Die Fraktion ist der Meinung, dass Entscheide wie bisher gefällt werden sollen, und zwar erst, wenn sie spruchreif sind. Es fragt sich ausserdem, wie legitim es ist, aus Zweckbestimmungen von Spezialfinanzierungen, die vor unserer Zeit beschlossen und geäufnet wurden, wesentliche Zwecke heraus zu streichen. Das ist eine schlechte Praxis.

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, fragt sich, was die Motionäre überhaupt wollen. Die Motion ist überflüssig, denn das letzte Wort hat sowieso der Stadtrat. Für die Fraktion ist entscheidend, dass es der Stadtrat in der Hand hat, wie viel Geld ausgegeben wird. Im Hinblick auf zukünftige Entscheide Reglemente zu ändern, ist nicht sinnvoll. Die Fraktion hat sich immer für das Parkhaus eingesetzt und lehnt die Motion deshalb ab.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, ist der Meinung, dass die Antwort des Gemeinderats in allen Punkten richtig ist. Es besteht unterschwellig ein Misstrauen, nicht nur in politischen Kreisen. Es gibt nicht nur Befürworter des Parkhauses Schlossberg. Die beantragte Änderung ist ein Argument, das man ausspielen kann. Indem der Stadtrat das maximale finanzielle Engagement bestätigt, nimmt er den Gegnern des Parkhauses ein Argument aus der Hand. Klar liegt die Kompetenz beim Stadtrat, aber eventuell entscheidet das Volk anders. Eine Annahme der Motion macht deshalb durchaus Sinn.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, nennt drei Gründe, wieso die Fraktion die Motion ablehnt. Erstens ist die Motion überflüssig, da der Stadtrat oder sogar das Volk entscheidet. Zweitens schiesst die Motion über das Ziel hinaus, da nicht nur die Investition, sondern auch der Betrieb und der Unterhalt ausgenommen werden. Drittens müsste man in der Folge alle Spezialfinanzierungs-Reglemente ändern, damit das Geld nicht für irgendetwas anderes eingesetzt werden kann. Das Parkhaus ist eine Investition in die Zukunft und dient der Stärkung der Innenstadt. Die Fraktion lehnt die Motion ab.

Carlos Reinhard, **FDP-Fraktion**, informiert, dass die Fraktion die Motion ebenfalls ablehnt. Dies obwohl sie am Anfang gewisse Sympathien hegte. Die Motion war möglicherweise eine Trotzreaktion auf einen demokratischen Entscheid. Reglemente sollen aber nicht im Hinblick auf zukünftige Entscheide im Voraus geändert werden.

Stadtpräsident Raphael Lanz weiss, dass der Gemeinderat damals keine Gelder investieren wollte. Dann fiel aber der Rechnungsabschluss überraschend gut aus. Damals argumentierten gerade die Kreise, die jetzt die Motion einreichen, dass für den Langsamverkehr nichts mehr bleibt, wenn die Gelder aus den Spezialfinanzierungen entnommen werden. Dieses Argument wurde aufgenommen und deshalb wurde das Geld in die Spezialfinanzierung Investitionen und Immobilienkäufe eingelegt. Im Bericht steht, dass der Gemeinderat nicht vor hat, Gelder aus den genannten Spezialfinanzierungen zu entnehmen. Es ist nicht verständlich, worin das Misstrauen begründet ist. Der Stadtrat kann letztendlich entscheiden. Es wurden klare Verhältnisse geschaffen.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, verweist auf die lange Vorgeschichte der Parkhausplanung. Damit hat das fehlende Vertrauen zu tun. Der Gemeinderat hat mit der Reglementierung angefangen und es als politisches Zeichen verkauft. Alle anderen Reglemente wurden aber nicht verändert. Klar hat der Gemeinderat momentan nicht die Absicht, mehr zu investieren. Aber man hat schon mehrmals gesehen, wie sich Absichten ändern können, wenn sich die Umstände ändern. Deshalb wäre ein politisches Zeichen wichtig. Die Zweckbestimmung der Reglemente muss nicht grundsätzlich geändert werden, einzig nur betreffend Parkhaus Schlossberg, da dies ja im anderen Reglement namentlich erwähnt wurde. Herr Hiltbold selber hätte das nicht so gelöst, aber der Gemeinderat hat mit dieser Reglementierung angefangen.

Der Rat lehnt die Motion mit 26 : 12 Stimmen ab.

80. Interpellation I 13/2011 betreffend das Verhältnis AVAG / Energie Thun AG

Schori Franz (SP) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2011; Beantwortung

Franz Schori (SP) ist teilweise befriedigt.

Die Diskussion wird verlangt. **Der Rat** stimmt der Diskussion zu.

Franz Schori (SP) dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung, obwohl dieser die Gerüchte nicht kommentieren will. Aber die Gerüchte sind ja, wie sich herausstellte, weitgehend wahr. Die BKW ist wohl nach dem beschlossenen Atomausstieg auf der Suche nach einer neuen Strategie. Selbstverständlich kann der Gemeinderat in den Gremien nicht diktatorisch bestimmen. Stadtrat Schori erhofft sich in Zukunft aber etwas mehr Engagement in Bezug auf die städtischen Beteiligungen. Thun trägt viele Zentrumslasten und darf deshalb auch etwas fordern. Es ist eine Spekulation, dass eine allfällige Beteiligung der Energie Thun AG an der AVAG die Beziehungen zu den anderen Aktionärgemeinden belasten könnte. Der Gemeinderat hat ja selber die Eigentümerstrategie festgelegt; klar muss er sich dafür einsetzen. Der –Gemeinderat soll einen Beitrag dazu leisten, das tendenziell belastete Verhältnis zwischen der Energie Thun AG und der AVAG zu verbessern. Bei der nächsten Gelegenheit soll die Energie Thun AG ihr Interesse an AVAG-Aktien bekunden, das gleiche gilt für den Strom und unter Umständen für die Fernwärme, die die AVAG produziert.

Gina Lehnerr, **Fraktion der Mitte**, dankt dem Gemeinderat für die offenen Antworten. Das Augenmerk der Fraktion lag auf der Antwort auf Frage 5: Sie ist sich bewusst, dass der Stadtrat weder dem einen noch dem anderen Unternehmen direkt in das operative Geschäft reden kann. Aber sie ist überzeugt, dass die Stadt Thun ihre Interessen bezüglich der sinnvollen Nutzung der Energie geltend machen kann und muss. Die Fraktion unterstützt deshalb eine engere Zusammenarbeit zwischen der Energie Thun AG und der AVAG. Damit soll mittelfristig ein Vorteil für die nachhaltige Energieproduktion und -verteilung entstehen. Als Standortgemeinde der AVAG soll Thun nicht nur die negativen Auswirkungen spüren, sondern auch profitieren können. Dies auch vor dem Hintergrund der anstehenden Kapazitätserhöhungen und der damit verbundenen höheren Emissionen.

Carlos Reinhard, **FDP-Fraktion**, merkt zu Frage 1 an: Die Antwort erstaunt ihn nicht, die BKW ist ein börsenkotiertes Unternehmen, deshalb besteht die Gefahr von Insidergeschäften. Es ist wichtig, dass die Energie Thun AG die Zusammenarbeit mit der AVAG sucht. Die Energie Thun AG muss attraktiv sein, damit die Zusammenarbeit auch gewünscht wird. Das kann nicht einseitig kommuniziert werden. Die Zusammenarbeit kann man nicht im Rat mittels Interpellation erzwingen.

Martin Frei, **Fraktion Grüne**, hat zufrieden zur Kenntnis genommen, dass die Stadt Thun mit einer Beteiligung von 22 % ein guter Aktionär der AVAG ist. Nicht nachvollziehbar ist, inwiefern die Beteiligung an der AVAG die Beziehung zu den anderen Aktionärgemeinden belasten würde. Nicht verständlich ist die Begründung der Antwort 5, eine längere Auskunft wäre von Vorteil gewesen. Als grösster Aktionär der AVAG muss sich die Stadt für mehr Transparenz zwischen den Aktionären einsetzen. In der Eigentümerstrategie gibt es zwei Punkte, die eine Beteiligung der Energie Thun AG an der AVAG ermöglichen: Einerseits Punkt 3, andererseits Punkt 6, wo sogar die Zusammenarbeit erwähnt wird. Aus umweltpolitischer Sicht ist die Zusammenarbeit mit lokalen Produzenten wichtig.

Persönlich kann sich **Martin Frei** (Grüne) anstatt eines Teilverkaufs der Energie Thun AG an die BKW vorstellen, dass sich die AVAG als Teilhaberin an der Energie Thun AG in einem Gegengeschäft beteiligt, dies als Verstärkung der Kooperation.

Stadtpräsident Raphael Lanz kann nicht sagen, wieso die Energie Thun AG den Vertrag mit der AVAG gekündigt hat, das war vor seiner Zeit im Rat. Wenn die Energie Thun AG ein grosses Aktienpaket erwirbt - und die Stadt Thun ist an der Energie Thun AG ja zu 100 % beteiligt - könnte dieser grosse Einfluss von den anderen Gemeinden kritisch aufgenommen werden. Es gibt kein konkretes Beispiel, aber das war die Überlegung. Der ganze Bereich ist nicht einfach, da viel zusammen spielt.

81. Interpellation I 15/2011 betreffend Gesundheitsförderung dank Duschmöglichkeiten am Arbeitsplatz

SP-Fraktion vom 31. Mai 2011; Beantwortung

Sandra Rupp, **SP-Fraktion**, ist von der Antwort nicht befriedigt, verlangt aber keine Diskussion.

82. Interpellation I 18/2011 betreffend Agglomerationsprogramm 1. Generation und Massnahmen der Stadt Thun

Fraktion Grüne vom 30. Juni 2011; Beantwortung

Andrea de Meuron ist teilweise befriedigt und verlangt die Diskussion.

Die Diskussion wird verlangt. **Der Rat** stimmt der Diskussion zu.

Andrea De Meuron, **Fraktion Grüne**, dankt für die klare Beantwortung. Es geht daraus hervor, dass die Stadt auf einzelne Punkte des Agglomerationsprogrammes verzichtet. Auch die Massnahme „Unterführung Regiestrasse“ ist davon betroffen. Es geht heute um die Grundsatzfrage, wer in solch wichtigen Verkehrs- und finanzrelevanten Fragen entscheidet und wie solche Entscheidungen kommuniziert werden. Hinter dem Agglomerationsprogramm steht eine Gesamtverkehrslösung, welche verschiedene Massnahmenpakete beinhaltet. Das Agglomerationsprogramm wurde in einem langen Prozess zusammen mit Fachleuten erarbeitet und dem Bund zur Prüfung vorgelegt. Jetzt erfährt der Rat, dass das Tiefbauamt eigenmächtig über den Verzicht auf einzelne Massnahmen entscheidet. In Anbetracht des Entstehungsprozesses wirkt das befremdend. Die Kommunikation in der Stadt Thun funktioniert normalerweise vorbildlich. Die Fraktion will die Gründe für den Verzicht erfahren, gerade was den Langsamverkehr angeht. Das gewählte Vorgehen ist nicht förderlich für die Vertrauensbildung.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, geht auf die Frage 2 ein: In der Antwort des Gemeinderats ist zu lesen, welche Projekte weggefallen sind. Die Fraktion interessiert aber auch, welche Projekte verschoben worden sind und warum. Die Ausführungen, wieso auf die Unterführung Regiestrasse verzichtet wird, sind nachvollziehbar. Fraglich ist aber, ob der Bypass Thun Nord die erhoffte Entlastung bezüglich Durchfahrtsverkehr bringt. Das Projekt hätte zurückgestellt werden können, bis man mehr weiss. Zur Frage 3: Die Fraktion fragt sich, ob der Entscheid auf Direktionsebene eine grosse Ausnahme war und in der Zukunft nicht mehr passieren wird. Die Fraktion hofft, dass der Gemeinderat wenigstens anschliessend informiert wurde. In Zukunft soll wenigstens in den betreffenden SAKO's proaktiver informiert werden. Die Fraktion möchte wissen, wie realistisch der Zeitplan auf der Übersichtsliste aus heutiger Sicht ist.

Gemeinderat Roman Gimmel weist darauf hin, dass alle wissen, dass das Agglomerationsprogramm sehr komplex und fast nicht durchschaubar ist. Die Leitplanken wurden erst nachträglich klar und unterliegen immer noch einem Wechsel. Beispielsweise war im Agglomerationsprogramm der 1. Generation der Baubeginn zwischen 2011 und 2014 vorgesehen. Das hätte alle überfordert. Die Tabelle ist aktuell, verschoben wurde kein Projekt, nur wurde allgemein der geplante Baubeginn nach der 1. Generation wie erwähnt, verschoben. Zur Frage 3: Es handelt sich um eine Ausnahme. Aktuell und künftig entscheidet der Gesamtgemeinderat. Die Information der SAKO ist ein grosses Anliegen, man muss aber die SAKO B+L fragen, wie die Kommunikation im Jahr 2011 ausgesehen hat. Die Tabelle im Anhang ist trotzdem vorläufig, da es ein dynamisches Umfeld ist und der Gemeinderat nicht selbstbestimmt arbeiten kann. Das Parkleitsystem beispielsweise muss mit den Parkhäusern im Osten und im Süden koordiniert werden. So weit ist man noch nicht. Auch der Ausbau von Busspuren muss mit der SBB abgeklärt werden. Die Abhängigkeiten sind gross.

Verschiebungen

Die Stadtratspräsidentin informiert, dass die Interpellation I 17/2011 betreffend Verteilung von Geldern der Kulturabteilung aus zeitlichen Gründen auf die nächste Sitzung verschoben wird.

Mitteilungen

Keine Mitteilungen

Eingang

- Motion betreffend Kombidächer; Gina Lehnherr (glp) und Mitunterzeichnende vom 24. November 2011
- Postulat betreffend portofreies Wahl- und Abstimmungscouvert bei der brieflichen Stimmabgabe; Fraktion Grüne vom 24. November 2011
- Interpellation betreffend unabhängige Kostenschätzung des Schlossberg-Parkings; Fraktion Grüne vom 24. November 2011
- Postulat betreffend Erstellen eines kartographischen Solarkatasters für Thun; Gina Lehnherr (glp) und Mitunterzeichnende vom 24. November 2011
- Interpellation betreffend Änderung der Einbürgerungsverordnung; SVP-Fraktion vom 24. November 2011
- Interpellation betreffend Einführung des Rundverkehrs in der Thuner Innenstadt; SVP-Fraktion vom 24. November 2011
- Interpellation betreffend Veloparkplätze Bahnhof Thun; Gina Lehnherr (glp) und Mitunterzeichnende vom 24. November 2011

Die Stadtratspräsidentin

Der Stadtratssekretär

Verena Balmer

Remo Berlinger